Was zur Teilhabe fehlt

Deutschland hat sich zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung verpflichtet, doch das passiert längst noch nicht überall. Betroffene aus OWL gewähren Einblicke in ihren Alltag.

Carolin Nieder-Entgelmeier

■ **Bielefeld**. Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderung – dieser Grundsatz ist in Deutschland seit 2009 Gesetz. In der Realität ist die gleichberechtigte Teilhabe aber noch nicht überall möglich. Darauf machen am 5. Mai, dem europäischen Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung, wieder Tausende Demonstranten aufmerksam. Doch was ist für eine barrierefreie Zukunft nötig? Betroffene aus OWL gewähren Einblicke in ihre Leben.

Der Bielefelder Matthias Klei (oben), die Herforder Karin Glaub (unten, l.) mit Tochter Kim-Lea und Kornelia Stricker mit Sohn Marvin sowie der Haller Jonas Schlingmann blicken aus unterschiedlichen Perspektiven auf den Tag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Fotos: Klei/Nieder-Entgelmeier

Matthias Klei

Der Bielefelder Matthias Klei ist seit seiner Geburt Tetraspastiker. Beide Arme und Beine sind durch eine Spastik stark unkoordiniert. Mithilfe eines Rollstuhls sowie der Unterstützung durch Assistenten führt der 52-Jährige trotzdem ein selbstbestimmtes Leben in seiner eigenen Wohnung. Dieses Leben ist jedoch in Gefahr, denn in OWL verschwinden immer mehr Pflegedienste vom Markt. „Das löst bei mir Existenzängste aus, denn ich bin 24 Stunden am Tag auf Assistenten angewiesen“, erklärt Klei. Ein Team unterstützt Klei abwechselnd. Tag und Nacht, während der Arbeit und der Freizeit.

Doch die Suche nach Assistenten ist schwer. „Es kommt zu Notsituationen, weil es immer weniger Menschen gibt, die in der Pflege arbeiten möchten, und immer weniger Pflegedienste, die sich als Dienstleister verstehen und nicht als Vormund“, moniert Klei. Der Bielefelder fordert deshalb von der Politik eine Aufwertung des Berufs. „Anders lässt sich die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung nicht erreichen, denn viele sind auf Unterstützung angewiesen.“

Ohne Assistenten müsste Klei in einem Wohnheim leben. „Die Wohlfahrtsindustrie hat ein großes Interesse an vollen Wohnheimen, doch zur Gleichstellung gehört auch, dass ich selbst entscheide, wie und wo ich lebe“, sagt der Bielefelder. „Das Leben in einem Wohnheim, in dem ich nach einem Joghurt fragen muss, weil der Kühlschrank abgeschlossen ist, oder der terminierte Toilettengang bei offener Tür stattfindet, hebelt Selbstbestimmung aus.“

Angewiesen ist Klei in seinem Alltag auch auf einen Rollstuhl. Doch den Austausch seines stark beschädigten Rollstuhls wollen die AOK Nordwest und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe als Träger der Eingliederungshilfe nicht finanzieren. „Ein Beispiel von vielen, das zeigt, dass viele Gesetze, die Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen sollen, nicht im Sinne der Betroffenen, sondern der Kostenträger ausgelegt werden.“ Um seine Rechte durchzusetzen, muss sich Klei immer wieder rechtlichen Beistand suchen und vor Gericht ziehen. „Auf dem Papier habe ich viele Rechte, doch in der Realität muss ich sie mir jeden Tag hart erkämpfen.“

Auch Selbstverständlichkeiten wie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist für Menschen mit Behinderung nach Erfahrung Kleis nicht immer möglich. „Spontanes Reisen ist nicht möglich. Bei der Deutschen Bahn muss ich mich mindestens 24 Stunden vorher anmelden.“ Zudem mangle es häufig an Platz in Zügen, funktionierenden Aufzügen in den Bahnhöfen und Echtzeit-Informationen über barrierefreie Zugänge. „Das erschwert Teilhabe erheblich.“

Familie Glaub und Stricker

Die Herforder Marvin Stricker und Kim-Lea Glaub haben das Downsyndrom und sind in ihrem Alltag auf Unterstützung angewiesen. Der 24-Jährige und die 23-Jährige leben bei ihren Eltern und arbeiten in einer Werkstatt der Lebenshilfe. „Unsere Kinder sind sehr unterschiedlich, doch gemein haben sie, dass sie spät erwachsen und früh altern werden – und ihr Leben lang Hilfestellungen benötigen“, erklärt Karin Glaub, die Mutter von Kim-Lea. Gleichstellung bedeute deshalb Zugang zu Unterstützung. „Doch der wird nicht einfacher, sondern immer schwieriger“, moniert Kornelia Stricker, die Mutter von Marvin.

Ohne die Unterstützung der Familie und Ehrenamtlicher sei ein selbstbestimmtes Leben sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für ihre Kinder nicht möglich, sagen Glaub und Stricker. „Die Gesetze sehen zwar viele Hilfestellungen vor, doch sie gelten nicht für alle Betroffenen und viele dieser Angebote müssen jährlich neu und aufwendig beantragt werden“, erklärt Stricker. „Lange wurde sogar der Schwerbehindertenausweis für meine Tochter nur für ein Jahr ausgestellt. Als ob die Behinderung plötzlich wieder verschwinden würde“, sagt Glaub. Die Mütter sorgen sich deshalb um die Zukunft. „Wir werden auch älter. Doch was passiert mit unseren Kindern, wenn uns die Kräfte verlassen oder wir sterben?“

Die Gleichstellung ihrer Kinder verhindert nach Angaben der Herforderinnen auch fehlende Wahlmöglichkeiten. „In der Politik wird zwar viel über Inklusion gesprochen, doch leider nur selten mit Betroffenen. Anders lässt sich nicht erklären, warum Förderschulen, Werkstätten oder betreute Wohnangebote von vielen Politikern kategorisch abgelehnt werden“, kritisiert Glaub. Entscheidend sei es, die Wahl zu haben. „Für manche Menschen mit Behinderung sind Förderschulen, Werkstätten oder betreute Wohnformen am besten geeignet, für andere sind es inklusive Regelschulen, der erste Arbeitsmarkt oder die eigene Wohnung.“

Möglich ist die freie Wahl laut Stricker jedoch nur mit passender Unterstützung. „Doch die fehlt, denn alles wird bestimmt von fehlenden Mitteln und damit von dem Mangel an Fachkräften, die Unterstützung leisten können.“

Jonas Schlingmann

Der Haller Jonas Schlingmann ist seit seinem zehnten Lebensjahr blind. Mit Hilfe seiner Eltern und Blindenführhund Milo führt der 19-Jährige trotzdem ein selbstbestimmtes Leben in seiner eigenen Wohnung. Seit 2021 studiert er Jura an der Universität Bielefeld. Der Weg dorthin war jedoch nicht selbstverständlich, denn nach seiner Erblindung wurde ihm geraten, dass er lieber andere Wege gehen soll. „Ich habe trotzdem weiter das Gymnasium besucht und mir den Traum des Studiums erfüllt.“ Den Zugang zu Schule, Ausbildung und Beruf seiner Wahl fordert Schlingmann für alle Menschen mit Behinderung. „Nachteile müssen ausgeglichen werden, was aber nicht in einer Sonderbehandlung enden darf.“

Sonderbehandlungen lehnt Schlingmann auch im täglichen Miteinander ab. „Mein größter Wunsch ist, dass gar nicht mehr zwischen behindert und nicht behindert unterschieden wird. Aktuell ist es jedoch noch oft so, dass andere Menschen mir mit Mitleid begegnen.“ Zudem komme es immer wieder vor, dass er nicht ernst genommen oder seine Leistungen überhöht würden, moniert Schlingmann. „Menschen mit einer körperlichen Behinderung erleben, dass sie auch für geistig eingeschränkt gehalten werden.“

Zwischen Rücksicht und Bevormundung liegt laut Schlingmann ein schmaler Grat. „Rücksicht im Straßenverkehr oder in anderen Lebensbereichen ist wichtig für mich, das bedeutet aber nicht, dass ich jemanden brauche, der mich ungefragt an die Hand nimmt und über die Straße führt.“ Vielmehr seien Empathie und Verbesserungen in der Barrierefreiheit nötig.

Bauern sehen Mängel im Tierschutzkonzept

Heute tagen die Agrarminister zum Thema. Die Landwirte fordern Änderungen des Plans.

Matthias Bungeroth

■ **Bielefeld/Hövelhof**. Es ist eine Sonderkonferenz, auf die die Bauern in Ostwestfalen-Lippe mit besonderer Spannung blicken. An diesem Freitag beraten die Landwirtschaftsminister des Bundes und der Länder über neue Regeln für die Nutztierhaltung. Diese sollen zu mehr Tierwohl beitragen. Gleichzeitig bedeutet dies für die Landwirte höhere Aufwendungen. Doch die bisher geplanten Förderungen sehen die heimischen Betriebe als unzureichend an.

Dazu sagt Hubertus Beringmeier, Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes aus Hövelhof: „Seitens der Bundesregierung fehlt es bisher noch an einem schlüssigen Gesamtkonzept, um den Betrieben für den Umbau der Tierhaltung langfristige und tragfähige Zukunftsperspektiven zu bieten. Von der Agrarministerkonferenz fordern wir deshalb, dass hier umgehend nachgeschärft wird.“ Im Kern geht es um verbindliche Regeln für die Tierhaltungskennzeichnung, die Förderung des Umbaus der Stallungen sowie Anpassungen im Bau- und Genehmigungsrecht, die diese Umbauten überhaupt erst möglich machen sollen.

Problematisch sei, dass etwa durch Ställe mit Außenklima und Auslauf zusätzliche Emissionen entstünden, die im Zuge des Umweltrechts bisher nicht genehmigungsfähig seien. Schlussfolgerung Beringmeiers: „Eine Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist dringend erforderlich, um überhaupt Änderungen vorhandener Stallbauten hin zu mehr Tierwohl realisieren zu können.“ Tierwohl und Emissionsschutz müssten miteinander in Einklang gebracht werden, fordert Beringmeier.

Mafia-Strukturen „lange gewachsen“

NRW-Innenminister Herbert Reul begibt sich auf Ursachenforschung.

■ **Düsseldorf** (dpa). Die italienische Mafia ist in NRW nach Angaben von Innenminister Herbert Reul (CDU) schon lange aktiv. „Das ist jahrzehntelang gewachsen, eine kriminelle Struktur, nur cleverer als die Clans und im Geheimen“, sagte Reul. „Die nutzen normale Wege, die kaufen Häuser, die kaufen Autos, die haben Eisdielen. Sie erwecken den Eindruck, dass da ein Riesen-Umsatz ist, in Wirklichkeit wird da Geld gewaschen.“ Deshalb sei es auch kein Wunder, dass die Mafia wirtschaftlich starke Gebiete wie NRW als Rückzugsraum nutze.

Am Mittwoch hatten Ermittler bei einem europaweiten Einsatz gegen die kalabrische Mafia große Mengen Kokain und Bargeld beschlagnahmt und zahlreiche Verdächtige festgenommen. In Deutschland war NRW ein Schwerpunkt der Razzia. So soll eine Eisdiele in Siegen als Geldwaschanlage der ’Ndrangheta gedient haben.

Weil in Deutschland viele Geschäfte mit Bargeld getätigt würden, gebe es auch viele Möglichkeiten, Geld zu waschen, sagte Reul. „Die Bargeldverliebtheit ist eines der Hauptprobleme“, so der Minister. „Auch große Dinge wie Immobilien- und Autokauf finden in Deutschland ja sehr oft mit Bargeld statt.“

Aktivisten vom Asphalt gelöst

■ **Düsseldorf** (dpa). Bislang sind 184 Klimaaktivistinnen und -aktivisten von Straßen in Nordrhein-Westfalen gelöst worden. Das hat das nordrhein-westfälische Innenministerium mitgeteilt.

Im Zusammenhang mit den Klebeaktionen hat die Polizei in NRW den Angaben zufolge insgesamt 19 Personen vorübergehend in Gewahrsam genommen. Es lägen Informationen zu bislang 16 nicht angemeldeten Versammlungen der „Letzten Generation“ vor: sechs im vergangenen und zehn in diesem Jahr. Zu den Forderungen der Aktivisten gehören unter anderem ein Tempolimit und die Einführung eines 9-Euro-Tickets.

Zug fährt in Gruppe von Arbeitern

Südlich von Köln kommt es zu einem schlimmen Unfall. Vieles ist zunächst unklar, fest steht aber: Es gibt Tote.

■ **Hürth** (dpa). Immer mehr Männer und Frauen kommen an der Polizeiabsperrung zusammen. Bald sind es gut 40 Leute. Sie trauern und weinen: Hier, einige Kilometer südlich von Köln, sind zwei ihrer Angehörigen auf Bahngleisen gestorben. Eine Frau aus der Gruppe wird von der Polizei über einen Acker zu dem Intercity geführt, der wenige Stunden vorher die beiden Arbeiter erfasst hat. Als sie wieder zurückkehrt, bricht sie weinend zusammen.

Warum der Arbeitstrupp an den Gleisen war, obwohl sich ein Zug näherte, war laut Polizei noch unklar. Ersten Ermittlungen zufolge hätten sie an der Strecke im Auftrag der Deutschen Bahn Arbeiten durchgeführt. Zur Gruppe gehörten fünf weitere Arbeiter, die den Tod ihrer Kollegen mitansehen mussten und einen Schock erlitten. Vom Zug wurden sie nicht getroffen, sie blieben körperlich unversehrt. „Unsere Gedanken sind bei den Verstorbenen, Verletzten und ihren Angehörigen“, sagte ein Bahnsprecher.

Das Unglück ereignete sich auf freier Strecke bei Hürth, in Sichtweite einer Hochhaussiedlung. Feuerwehr und Polizei waren mit einem Großaufgebot im Einsatz, über der Unfallstelle kreiste ein Hubschrauber. Ermittler sicherten am Unglücksort Spuren. „Zusätzlich sind Kriminalpolizisten hier am Einsatzort. Wir sichern die Spuren, wir fotografieren die Spuren, wir sprechen mit Augenzeugen, deren Aussage für uns sehr wichtig ist“, sagte ein Polizeisprecher.

Ein Großaufgebot von Rettungskräften ist nach dem schweren Zugunfall in Hürth im Einsatz. Foto: dpa

Der IC 2005 war nach Angaben einer Sprecherin der Deutschen Bahn am Donnerstagvormittag auf dem Weg von Emden nach Koblenz. Nach Bahn-Angaben saßen in dem Zug etwa 50 Menschen. Sie mussten nach dem Unfall mehrere Stunden lang in dem Zug ausharren. Laut Polizei wurden Passagiere, die das wünschten, von Notfallseelsorgern betreut. Diese kümmerten sich auch um Angehörige der Opfer, die zum Unglücksort gekommen waren. Nachmittags wurde der ICE evakuiert. Die Passagiere sollten mit Bussen weitertransportiert werden. Die Strecke wurde zwischen Köln und Bonn gesperrt, Ausfälle und Verzögerungen im Bahnverkehr waren die Folge.

Persönlich

Pannenhilfe

Dorothee Feller (56), NRW-Schulministerin, will den gravierenden IT-Sicherheitslücken beim Landesschulinstitut Qualis auf den Grund gehen. Am 10. Mai werde sie bei einer Personalversammlung mit den Mitarbeitern ins Gespräch kommen, sagte die CDU-Politikerin. Foto: dpa

Stabwechsel

Arnim Sabrowsky (52), Jurist, ist neuer Präsident des Landgerichts Dortmund. Landesjustizminister Benjamin Limbach (Grüne) händigte ihm in Düsseldorf die Ernennungsurkunde aus. Sabrowsky folgt auf Klemens Thiemann, der im Januar in den Ruhestand getreten ist. Foto: Justiz NRW